

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Innere Verwaltung
Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1014 Wien

Beilagen
IVW2-K-A-18082/008-2015
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.ivw2staatsbuergerschaft@noel.gv.at
Fax: 02742/9005-12777 Internet: <http://www.noel.gv.at>
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug	BearbeiterIn	(0 2742) 9005 Durchwahl	Datum
-	Mag. Pechter	12608	12. August 2015

Betrifft
Resolution der Abgeordneten Mag. Karner und Dr. Petrovic, keine Nutzung der Radetzky-Kaserne in Horn als Flüchtlingsquartier

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Landtag von Niederösterreich hat den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Karner und Dr. Petrovic, wonach die NÖ Landesregierung bei der Bundesregierung als auch im eigenen Bereich dahin wirken solle, dass unter Bezug auf die Vorgaben eines Kommunalgipfels in der Radetzky-Kaserne in Horn keine Kriegsflüchtlinge untergebracht werden, zum Beschluss erhoben. In diesem Zusammenhang wurde bei einem Kommunalgipfel der NÖ Gemeindevertreterverbände und des NÖ Städtebundes beschlossen, dass bei der Zuteilung von Kriegsflüchtlingen in einem Ort zwei Prozent der Bevölkerung nicht überschritten werden soll. In der Stadtgemeinde Horn wurden zuletzt zusätzlich zu den bereits bestehenden Unterbringungen in Kleinquartieren im so genannten Stephansheim mehr als 100 Flüchtlinge aufgenommen. Damit hat die Stadtgemeinde Horn die angesprochene Grenze von 2 % bereits erfüllt. Auch der Blick auf den politischen Bezirk Horn zeigt, dass aufgrund einer Vielzahl von bestehenden bzw. neu zu schaffenden Kleinquartieren der Bezirk Horn einen wesentlichen Beitrag zur Unterbringung von Flüchtlingen leistet. Eine darüberhinausgehende Unterbringung von Flüchtlingen in der Radetzky-Kaserne Horn würde eine unverhältnismäßige Überbelastung der Stadtgemeinde Horn im Vergleich mit anderen Städten oder Gemeinden bedeuten.

Bezug nehmend auf die Forderung, für eine gerechte Aufteilung der Asylwerber in Niederösterreich zu sorgen, wird mitgeteilt, dass seit Jahren seitens der NÖ Landesregierung eine möglichst gleichmäßige Aufteilung der Fremden als eines der wesentlichen Ziele im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von hilfs- und schutzbedürftigen Menschen angestrebt wird.

Eine bessere Verteilung wurde nicht zuletzt dadurch erreicht, als man bei der Schaffung neuer Quartiersplätze in den letzten Monaten vermehrt kleinere Wohneinheiten bevorzugt hat. Dadurch soll die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung gegenüber den Fremden gesteigert und somit das Zusammenleben in den Gemeinden verbessert werden.

Allein in den letzten 4 Wochen ist es gelungen mehr als 700 neue Grundversorgungsplätze in Niederösterreich – außerhalb der Bundesbetreuungsstellen - zu schaffen und somit einen wichtigen Beitrag zur Entlastung von Traiskirchen zu erbringen. Es ist geplant in Niederösterreich bis Ende August 2015 weitere 800 - 1000 Plätze zu schaffen.

Es ergeht daher unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen das Ersuchen, im Sinne der Resolution der genannten Abgeordneten des NÖ Landtages von einer allfälligen Nutzung der Radetzky-Kaserne in Horn als Flüchtlingsquartier jedenfalls Abstand zu nehmen.

NÖ Landesregierung

Im Auftrag

Mag. A n e r i n h o f



Dieses Schriftstück wurde amtssigniert.
Hinweise finden Sie unter:
www.noel.gv.at/amtssignatur